Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 9

Artikel: Naturschutz contra Menschenrechte?
Autor: Pedersen, Klaus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390077

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Klaus Pedersen

Naturschutz contra Menschrechte?

Naturschutz hat gemeinhin ein sehr positives Image, und die Dringlichkeit, globaler Naturzerstörung Einhalt zu gebieten, ist unzweifelhaft. Die Frage ist jedoch, auf welche Weise Naturschutz in den Ländern des Südens praktiziert wird und ob man einen wahrhaft nachhaltigen Schutz unserer natürlichen Umwelt so überhaupt erreichen kann. Sind wir bereit, hierzulande naturzerstörerische gesellschaftliche Verhältnisse zu akzeptieren, während versucht wird, dies durch fern gelegene Ausgleichsflächen zu kompensieren, von denen die dort lebenden Menschen vorher vertrieben wurden? Diese Kehrseite von «Naturschutz» ist bislang kaum ins öffentliche Bewusstsein gedrungen.

: Die Geschichte der Nationalparks ist oftmals eine Geschichte von Zwangsumsiedlungen, gewaltsamen Vertreibungen und der Entwurzelung der ursprünglich dort lebenden Bevölkerung. Dies geschah bei der Schaffung des Yellowstone und zahlreicher anderer Nationalparks in den USA und wiederholte sich in Afrika und Asien. Menschen, die vorher zumindest Zugang zu Heilpflanzen und traditionellem Heilwissen hatten, fanden sich in «Indianerreservaten» und in den Slums der Südhalbkugel wieder.

Nur von 50 der weltweit 49000 Schutzgebiete der Kategorien I-IV, also jener Kategorien, die menschliche BewohnerInnen weitgehend oder völlig ausschliessen, liegen wissenschaftliche Untersuchungen über den Verbleib der BewohnerInnen vor. Eine dieser Analysen untersuchte 15 zentralafrikanische Schutzgebiete zwischen 1996 und 2004. Von diesen Schutzgebieten, die ein Areal von rund 41000 km² (etwa die Fläche der Schweiz) umfassen, hatte keines eine offizielle Strategie zur Integration der örtlichen Bevölkerung in das Nationalpark-Konzept. Nur zwei, der Korup-Nationalpark in Kamerun und der Cross River Park in Nigeria, hatten ein reguläres Umsiedlungsprogramm.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen zu den anderen 35 Schutzgebieten gelangten fast immer zu ähnlichen Ergebnissen. Auf der Homepage von *First Peoples Worldwide* sind die Fälle von anderthalb Millionen Menschen dokumentiert, die zugunsten des Naturschutzes ihre Lebensgrundlage verloren. Die Lobbyisten und offiziellen Förderer solcher Park-Programme sind häufig transnationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie der WWF, *Conservation International* und *The Nature Conservacy*.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem westlichen Gesellschaftsmodell krankt oft an der isolierten Betrachtung einzelner Phänomene, dem so ge-

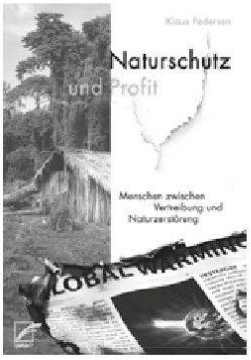
nannten *One-Issue-Approach.* Das betrifft auch die Kritik an den Facetten einer hegemonialen Biopolitik. Nur wenige Gesundheits-NGOs thematisieren die «naturschutzbedingte» Verhinderung des Zugriffs auf natürliche Ressourcen für jene marginalisierten Bevölkerungsgruppen, für die sie sich einsetzen. Der Protest gegen Biopiraterie konzentriert sich meist auf einzelne «Fälle» bzw. patentrechtliche Probleme. Dass versucht wird, mit «Naturschutz» letztendlich ein Stück der schwindenden Ressourcen für Pharma- und Biotechnologiekonzerne zu retten, kommt seltener zur Sprache. Und schliesslich werden im öffentlichen Diskurs über «Naturschutz» dessen sozialen Kosten im Kontext des westlichen Lebensstils (Klimawandel, Ressourcenverschwendung) nahezu völlig ausgeblendet.

Verschwendung dank Schutzgebieten

Die Statistiken über den galoppierenden Verlust an tropischen Regenwäldern machen die Eindämmung des Waldverlusts zu einem zentralen Punkt der Bemühungen von westlichen Regierungen und Naturschutzorganisationen. Dementsprechend gestalten sich die Lobby-Bemühungen im Naturschutzbereich. Auf einem Vorbereitungstreffen zur 9. Nachfolgekonferenz zum UNO-Biodiversitätsabkommen, die Ende Mai 2008 in Bonn stattfand, ging es um die Vergrösserung bestehender Waldschutzgebiete und um die Ausweisung neuer. Als Möglichkeiten zur Finanzierung wurde die Fokussierung auf Kohlenstoffmärkte und «je nach Nachfrage» auf Bioprospektion vorgeschlagen. Mit anderen Worten: Man will an der Emission von Kohlendioxid und der Erfassung biologischer Ressourcen für deren spätere Vermarktung verdienen, um dann – auf Flächen, von denen üblicherweise Menschen vertrieben oder zwangsumgesiedelt werden – die Natur zu «erhalten».

Forderungen nach einer drastischen Reduzierung des Holzverbrauchs (insbesondere für die Herstellung von Zellulose oder eine spürbare Senkung der ökologisch schädlichen Warenbewegungen) als Möglichkeiten zur Eindämmung von Waldverlust und Klimawandel würden mit den Dogmen wachstumsgetriebener Profitwirtschaft kollidieren und zögen den Verlust von Sponsoren nach sich, zu denen die zahlreiche multinationale Konzerne gehören, die sich damit «grünwaschen».

Während sich die grossen NGOs den Kopf darüber zerbrechen, wie mit am Markt orientierten Finanzierungsmechanismen die Waldschutzgebiete vergrössert und vermehrt werden können, rüstet die Weltbank im grössten zusammenhängenden Waldgebiet Afrikas, dem Kongobecken, zum Kahlschlag. Ihr Rezept, um die desolate Wirtschaft der Demokratischen Republik Kongo anzukurbeln: 60 bis 100fache Steigerung der Holzproduktion (auf 6 bis 10 Millionen Kubikmeter pro Jahr). Parallel dazu stellt die deutsche Entwicklungshilfe in dieser Region 18,5 Millionen Euro für Naturschutzprojekte zur Verfügung.



Ein Gutachten der amerikanischen Consulting-Firma ARD sagte bereits 2003 über die sozialen Folgen der sich anbahnenden Holz-Bonanza in der Demokratischen Republik Kongo: «Angesichts der Regierungsschwäche könnte ein dauerhafter Frieden eine Periode intensiven Holzeinschlags in vielen Teilen des Kongo auslösen, verbunden mit Umweltverwüstung, Zerstörung und Reduzierung der biologischen Vielfalt sowie Beschädigung der materiellen Lebensgrundlage von Menschengruppen, deren Überleben extrem von den Wäldern abhängig ist, zum Beispiel den Pygmäen des Kongobeckens, insgesamt etwa 4 Millionen Menschen.»

War es wirklich notwendig, in Deutschland den Papierverbrauch innerhalb von 20 Jahren zu verdoppeln? Der jährliche Pro-Kopf Verbrauch liegt inzwischen bei über 220 kg. Nur drei

Prozent dieser Menge kommen für langlebige Zwecke zum Einsatz, während der Grossteil für Verpackung verschwendet wird. Die Situation in der Schweiz dürfte nicht anders sein. Dabei werden selbst bei moderner Technologie zur Produktion von einem Kilogramm Papier immer noch 2,67 kWh verbraucht.

Während unvorstellbare Mengen an Gütern von A nach B verschoben werden, sorgt man sich um den Klimawandel und propagiert Emissionshandel sowie Agrotreibstoffdeals: Scheinlösungen, die zugleich neue Gewinnchancen bieten – für Firmen, die sich auf billige Weise das Recht zu fortgesetztem Ausstoss von Kohlendioxid erkaufen und für die internationalen Naturschutzverbände, die Zertifikate auf dem Kohlenstoffmarkt verkaufen, um damit «ihre» Schutzgebiete zu finanzieren.

Zur materiellen Deckung des verschwenderischen Gesellschaftsmodells der Industriestaaten wird nicht nur die Umweltzerstörung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen fortgesetzt, es werden auch die seit vielen Jahrzehnten bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten in den Ländern des Südens ausgeweitet und vertieft. Bei der Durchsetzung dieser Konzepte (Bioprospektion, Emissionshandel, Agrotreibstoffe) geht es ein weiteres Mal um die Aneignung von Flächen und Ressourcen, die zuvor der lokalen Bevölkerung zur Verfügung gestanden haben und nun global verbraucht werden.

So findet sich jener Teil der Weltbevölkerung, der Feuerholz und Naturmedizin nicht aus einem Hang zur Romantik oder aus esoterischer Verklärung verwendet, sondern aufgrund wirtschaftlicher Not und politischer bzw. sozialer Marginalisierung, mehr denn je eingeklemmt zwischen Naturschutzgebiete und intensiv genutzten Flächen, die der land- und forstwirtschaftlichen Exportproduktion dienen.

Über all dem schwebt die UNO-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) – ein völkerrechtliches Dokument, das nach Ansicht der Anthropologin Cori Hayden von der Universität Berkeley kein Instrument zur Schaffung von sozialer Gerechtigkeit ist, denn die CBD «... fördert und billigt explizit eine marktvermittelte Vision von Biodiversitätsschutz. Die Konvention baut buchstäblich auf die *Life Science*-Industrie sowie den immer breiteren Umfang an Patenten auf Lebensformen als Zugpferde, um der Biodiversität ‹Wert› zu verleihen. Naturschutz wird somit unersetzlich für eine Vision von nachhaltiger Entwicklung, bei der biologische Vielfalt als eine produktive Ressource betrachtet wird, die ‹sich selbst bezahlt›...».

Zwar finden sich in den 42 Artikeln der CBD zwei Abschnitte, die sich unverbindlich über den Schutz der Interessen von indigenen und lokalen Gemeinschaften äussern. Auch mögen die Formulierungen in der CBD weniger «schlimm» klingen als jene in den Dokumenten der Welthandelsorganisation. Doch die CBD war der entscheidende Schritt zu einer Strategie der «Nachhaltigkeit» im markwirtschaftlichen Sinn, die von zahlreichen NGOs willig mitgetragen wird.

Es gibt gute Beispiele dafür, wie sich indigene Völker und lokale Gemeinschaften dieser Logik – zum Teil erfolgreich – widersetzen. COMPITCH, die Dachorganisation der indigenen Heiler und Hebammen in Chiapas, Mexiko, erzwang im Jahr 2001 den Abbruch eines großen Bioprospektionsvorhabens. Im Februar 2004 forderten 150 kongolesischen Nichtregierungsorganisationen gemeinsam ein Moratorium für Waldzonierung (die Vorbereitung für das erwähnte Abholzungsprogramm). Widerstand braucht langen Atem – die Indigenas in Lateinamerika sprechen von 500 Jahren. Unsere moralische Pflicht ist es, diesen Basiswiderstand vor Ort zu unterstützen. ●

Klaus Pedersen (Jahrgang 1950), promovierter Landwirt, arbeitet als freier Publizist und Übersetzer sowie in der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie (www.biopiraterie.de). Zuletzt von ihm erschienen: Naturschutz und Profit, Unrast-Verlag Münster, 2008 (klaus.pedersen@gmx.net).